

Ausschuss für Haushalt und Finanzen
(156. Sitzung am 13. September 2017)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Vorlagen**

Vorlagen 364 und 368 betr. Wiederbesetzung von Stellen

Der Ausschuss nahm die Vorlagen zur Kenntnis. Er verzichtete auf die Entgegennahme der in der 155. Sitzung erbetenen Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes hinsichtlich der Bedeutung der Regelung in Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben.

Vorlage 369 betr. Stiftung Zukunft Wald der Niedersächsischen Landesforsten; wesentliche finanzielle Transaktionen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 370 betr. Oldenburgisches Staatstheater, Sanierungsmaßnahmen Kleines Haus

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

2. **Entwurf eines Gesetzes zum Studienakkreditierungsstaatsvertrag**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8659](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6435](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in einer geänderten Fassung (Vorlage 19) anzunehmen.

4. **Baustellen- und Verkehrskordinator für das Bremer Umland**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8592](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, den Antrag unverändert anzunehmen.

*Die Fraktionen von SPD und Grünen reichten bei diesem Tagesordnungspunkt einen von fünf ihrer Ausschussmitglieder unterzeichneten **Antrag auf Akteneinsicht „zum niedersächsischen Bauabschnitt der A1, der als ÖPP durchgeführt wurde“** ein. Es ergab sich eine längere Aussprache darüber, ob der Antrag die Anforderungen des Artikel 24 Abs. 2 NV erfülle, und zwar insbesondere die Anforderung „zum Gegenstand einer Ausschusssitzung“. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst wurde gebeten, dazu eine Stellungnahme abzugeben.*

Der Ausschuss nahm den Antrag auf Akteneinsicht zur Kenntnis. Die Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP schlossen sich diesem Antrag nicht an.

5. **Mehr Geld und schnellere Durchführung - Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland muss besser werden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8550](#)

Da der federführende Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz von der Abgabe einer Beschlussempfehlung abgesehen hatte, betrachtete der Ausschuss die Durchführung der Mitberatung in dieser Sitzung als entbehrlich.

6. **Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende im Dualen System, deren Beschulung in Landes- oder Bundesfachklassen erfolgt, übernehmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8591](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr an, den Antrag unverändert anzunehmen.

7. **Kommunalbericht 2017**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs - [Drs. 17/8680](#)

Die Präsidentin des Landesrechnungshofs stellte den Bericht vor. Daran schloss sich eine Aussprache an. Der - mitberatende - Ausschuss nahm die Unterrichtung zur Kenntnis.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung über eine Maßnahme zur Unterstützung von Kommunen mit einem verstärkten Zuzug weitergewanderter Schutzberechtigter (Sekundärmigration)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Vertraulicher Sitzungsteil

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Integration der Bremer Landesbank in die NORD/LB**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.